

Krieg am schwersten betroffen hat, unsere Vertrauenswürdigkeit und unseren ehrlichen Friedenswillen zu beweisen.

Unsere antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen haben seit 1945 die Lehren aus der Vergangenheit gezogen und uns auf einen Weg geführt, der uns den Frieden, die Achtung aller friedliebenden Völker und einen neuen, dauerhaften Wohlstand verspricht. Das alles konnte nur geschehen auf Grund der demokratischen Reformen, die bei uns auf allen Gebieten unseres politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens durchgeführt wurden. Damit wurde die Grundlage für eine feste antifaschistisch-demokratische Ordnung, für unsere Wirtschaftsplanung und unseren Aufbau aus eigener Kraft geschaffen. Diese Politik hat es schließlich ermöglicht, die Deutsche Demokratische Republik zu bilden und dazu die Anerkennung durch die Sowjetunion und die Volksdemokratien zu finden. Die Deutsche Demokratische Republik ist damit gleichzeitig das Fundament geworden für den weiteren Ausbau unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung und für den Kampf der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zur Lösung unserer gesamten nationalen Lebensfragen auf demokratischem Wege.

Wenn wir von den Beziehungen zu anderen Völkern sprechen, müssen wir zuerst bei unserer Vergangenheit anfangen. Der von Deutschland ausgegangene zweite Weltkrieg hat für unser Vaterland schwere Folgen hinterlassen. Es muß aber einmal mit der bisherigen Auffassung und Praxis Schluß gemacht werden, daß der Ausgang jedes Krieges die Ursachen für den nächsten Krieg in sich bergen soll. Die Voraussetzung dafür, daß der Ausgang dieses Krieges nicht wieder Ursache für einen neuen Krieg ist, ist, daß gerade wir Deutschen die Ursache und die Verantwortung für den zweiten Weltkrieg nicht einfach übersehen oder vergessen.

Wir wollen Gerechtigkeit und Sicherheit durch einen wahren Frieden. Daher sehen wir in dem Abkommen mit Polen, das die Markierung der Oder-Neiße-Grenze festlegt, einen Schlußstrich unter dem zweiten Weltkrieg und die Bekundung unseres ehrlichen Willens, nach besten Kräften für die Erhaltung und Stärkung des Friedens zu wirken. Aus dem gleichen Grunde billigen wir das Abkommen mit der tschechoslowakischen Volksrepublik, das die beiderseitigen Grenzen garantiert, und billigen wir schließlich die Bestimmung dieser Abkommen, durch die die Aussiedlung der Deutschen aus diesen Gebieten als endgültig anerkannt wird.

Nicht unsere Demokratie trägt die Schuld und die Verantwortung für diese Folgen des zweiten Weltkrieges. Die Mitverantwortung tragen wir, alle Deutschen, die wir am 30. Januar 1933, am 1. September 1939 und am 22. Juni 1941 zustimmend oder widerstandslos, bewußt oder unbewußt die Sache Hitlers gefördert oder unterstützt haben. (Sehr richtig!)

Wenn ich als ehemaliger General, der im letzten Kriege drei Jahre lang an der Front gegen die Sowjetunion stand, an dieser Stelle für die Herstellung freundschaftlicher und friedlicher Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn eintrete, so wende ich mich gleichzeitig auch an alle diejenigen im Osten und im Westen Deutschlands, die mit mir einmal in einer falschen Front gestanden sind und einer so schlechten Sache gedient haben.

Unsere Aufgabe ist es im besonderen, um Vertrauen zu werben, und das tun wir und können wir, je aufrichtiger und entschlossener wir eintreten für die Sache des Friedens, je aufrichtiger und entschlossener wir mitwirken, daß die Bedingungen, soweit es an uns Deutschen liegt, für die Erhaltung des Friedens verbessert werden.

(Beifall)

Wenn heute im Westen Ausländer oder solche, die sich Deutsche nennen, wegen dieser Abmachungen von Landesverrat sprechen, so steht die Frage sehr einfach: Wer begeht Landesverrat? Derjenige, der für die Erhaltung des Friedens eintritt und für die mutige Schaffung der Voraussetzungen dazu, oder derjenige, der nichts unversucht läßt, Unruhe zu stiften und die amerikanischen Bestrebungen, die auf einen neuen Krieg hinarbeiten, zu unterstützen? Die letzteren tun es, die uns Deutsche gegen die Oder-Neiße-Grenze aufzuhetzen versuchen! Wir alle stehen fest hinter unserer Regierung, in deren Namen der Stellvertretende Ministerpräsident Ulbricht diese Abkommen abgeschlossen hat. Wir alle stehen fest hinter diesen Abkommen, weil wir in der Erhaltung des Friedens das oberste Gesetz nationaler Politik sehen.

Der Wendepunkt in den Beziehungen des deutschen Volkes zu seinen Nachbarn, insbesondere zur Sowjetunion, zu Polen, zur Tschechoslowakei, zu Ungarn und allen übrigen Volksdemokratien, bezieht sich aber nicht nur auf die Vergangenheit, er weist uns viel mehr noch in die Zukunft. Die gleichzeitigen Abmachungen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet mit den Volksdemokratien Polen, Tschechoslowakei und Ungarn geben uns eine bedeutsame Hilfe zur Stärkung und Beschleunigung unseres gesamten Wiederaufbaues. Wenn diese Staaten mitten im Planjahr uns zusätzliche Warenlieferungen zusagen, so können wir das nur als eine Würdigung der Leistungen unserer demokratischen Wirtschaft ansehen. Wir sehen darin eine Bestätigung unserer Lösung: Mehr arbeiten — besser leben! Wir sehen darin vor allem auch die Bestätigung dafür, daß unsere Bestrebungen zur Verbesserung der Qualität unserer Arbeit, das Verdienst unserer Aktivisten, in allen Ländern Anerkennung finden.

So sind die ganzen Abkommen ein Zeichen, daß diese Völker Vertrauen zur Stabilität der Deutschen Demokratischen Republik haben und damit auch Vertrauen auf den Erfolg unserer Bemühungen in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland,

Und nicht zuletzt sei die wichtige Tatsache vermerkt, daß die gesamten Verhandlungen von unseren Vertretern im Hinblick auf eine Einbeziehung auch der westdeutschen Wirtschaft in den Handel mit den Staaten des Ostens geführt wurden. Damit ist der Beweis erbracht, daß die Politik der Deutschen Demokratischen Republik dem ganzen deutschen Volke große, neue Möglichkeiten erschließt, Möglichkeiten, die sich ergeben aus unserem Beitrag zur Verstärkung der Friedenskräfte, Möglichkeiten, die sich ergeben aus einer immer zunehmenden Erweiterung der Handelsbeziehungen mit den friedliebenden Völkern bis zum Stillen Ozean.

Bei der Würdigung dieser jüngsten Abkommen dürfen wir einen entscheidenden Punkt nicht übersehen, das ist der ehrliche Wille der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zur Freundschaft mit der Sowjetunion. Diese Freundschaft ist die Grundlage zur Freundschaft mit allen anderen friedliebenden Völkern und zur Freundschaft mit den friedliebenden Menschen auch jener Länder, deren Regierungen heute noch eine Politik gegen die Interessen des deutschen Volkes treiben.

Wir haben erst vor kurzem beim Deutschlandtreffen der FDJ erlebt, welches Vertrauen und welche Hoffnungen die friedliebenden Völker, die friedliebenden Menschen in aller Welt auf uns setzen. An uns liegt es daher, diese freundschaftlichen Beziehungen immer mehr auszubauen und zu festigen, und zwar politisch durch die weitere Stärkung unserer antifaschistisch-demokratische Ordnung, durch die Vertiefung der gemeinsamen Blockpolitik, durch unseren Kampf für die Lösung unserer nationalen Lebensfragen auf demo-